

30. September 2020

Interpellation

Fraktion AL

Der am 27. September 2020 der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht «Die Beteiligung der Stadt Zürich sowie der Zürcherinnen und Zürcher an Sklaverei und Sklavenhandel vom 17. bis zum 19. Jahrhundert» (Bregard, Schubert, Zürcher) zuhanden des Präsidialdepartements der Stadt Zürich belegt materialreich sowie theoretisch und methodologisch fundiert jenseits aller Zweifel, dass ein Teil des Wohlstandes von Stadt und Landschaft Zürich auf einem Verbrechen gegen die Menschheit fusst. Über die Beteiligung der Stadt (Aktien der South Sea Company, sklavereirelevante Aktivitäten der halbstaatlichen Zinskommission Leu & Cie) hinaus war durch die ökonomischen und militärischen Engagements von Zürcherinnen und Zürchern die ganze Stadt als Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsraum an den Profiten aus dem transatlantischen System beteiligt.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die im Bericht vorgenommene Rückweisung des Einwandes, es handle sich bei der Thematisierung der Schweizer Kolonialgeschichte um eine unzulässige Übertragung heutiger moralischer Massstäbe in eine Vergangenheit, in der Sklaverei weitgehend akzeptiert wurde, und schliesst er sich dem Standpunkt an, dass Sklaverei von den Opfern schon immer als Unrecht angesehen wurde und auch seitens der weissen europäischen und Schweizer Tätergesellschaften spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts sehr umstritten war?
2. Ist der Stadtrat bereit, angesichts der Tatsache, dass in jüngster Zeit in den USA und in Europa die Bereitschaft zu Reparationen für Sklaverei auf der substaatlichen Ebene zunimmt (siehe Georgetown University, Princeton Theological Seminary, Asheville NC, Evanston IL, Glasgow University, Royal Bank of Scotland, Bank of England, Lloyd's of London, Brauerei Greene King) die Frage von materieller Wiedergutmachung durch die Stadt Zürich als Macht- und Finanzzentrum des Stadtstaates des Ancien Régime sowie des späteren Kantons Zürich zu prüfen?
3. Am 17. Juni 2019 hat die CARICOM Reparations Commission unter der Leitung des renommierten barbadischen Historikers Sir Hilary Beckles (University of the West Indies, Jamaica) den Staats- und Regierungschefs der Karibischen Gemeinschaft empfohlen, die Schweiz auf die Liste der europäischen Länder zu nehmen, an die Reparationsforderungen für die Schäden der Sklaverei zu richten sind. Sollte dereinst eine CARICOM-Reparationsforderung an den Schweizer Staat gerichtet werden, ist der Stadtrat bereit, im Hinblick auf einen fairen und offenen Dialog mit den Nachkommen der Opfer mit den Kantonalzürcher und den Bundesbehörden zusammenzuarbeiten?

Wir danken Hans Fässler für das Skript dieses Vorstosses

A. Kisten